

Karsten Rudolph

1949 – 1989 – 1929

Gedenken im Zeichen der Krise

Karsten Rudolph

(* 1962) ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum und Abgeordneter im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

karsten.rudolph@landtag.nrw.de



2009 versprach ein Jahr der geschichtspolitischen Erregungen und Auseinandersetzungen zu werden. Denn wann fallen schon ein Superwahljahr und ein Supergedenkjahr zusammen? Die deutsche Revolution brachte vor 90 Jahren die Weimarer Republik hervor. 20 Jahre später begann der Zweite Weltkrieg, an den vor allem die Gewerkschaften als Antikriegstag erinnern. Weitere Jubiläen die hervorragen sind die Bildung der Bundesrepublik und – 40 Jahre später – die friedliche demokratische Revolution, welche die DDR beseitigte. Die Erinnerung an die erste – gescheiterte – Demokratie fristet im Supergedenkjahr noch ein Randdasein ebenso wie die an den deutschen Überfall auf Polen 1939.

Mindestens wäre zu erwarten gewesen, dass die Gründungsparteien der Bundesrepublik – CDU, CSU, SPD und FDP – heftig um ihren Anteil an der geglückten deutschen Demokratie streiten, und sich – zusammen mit *Bündnis 90/Die Grünen* und der *Linkspartei* – um ihre Leistungen für das Zustandekommen der deutschen Einheit auseinandersetzen würden.

Doch über nahezu allen geschichtspolitischen Wipfeln ist Ruh. Der Streit um die Feier zur Gründung der Bundesrepublik geriet zur Posse. Der eigens engagierte private Veranstalter patzte mit seinem geschichtslosen Konzept, in dem das Bun-

desverfassungsgericht zunächst vergessen und der deutsche Föderalismus nicht verstanden worden war. Im Grunde sollte Berliner Geschichtspolitik gegen den Rest der Republik geboten werden: Wo liegt – von der Hauptstadt der Feiern aus betrachtet – schon Karlsruhe, München, Dresden, Hamburg oder Düsseldorf? Auch das Scharmützel um die Rednerinnen und Redner konnte mittlerweile eingestellt werden. Neben der Kanzlerin und dem Bundespräsidenten soll nun auch der Vize-Kanzler zu Wort kommen.

Warum, so ist vor diesem Hintergrund zu fragen, kam es bislang nicht zu dem befürchteten »absoluten Erinnerungsernstfall«? Warum greift bis heute keine »Geschichtsseeligkeit« (*Georg Dietz*) um sich, wo doch Film und Fernsehen uns auf geschichtsträchtige Feiern und geschichtspolitische Reden in der letzten Zeit so eingestimmt haben?

Ein Vorschlag aus der dritten Reihe der Union, Helmut Kohl einmal mehr wegen seiner Verdienste um die deutsche Einheit für den Friedensnobelpreis vorzuschlagen, konnte die Gemüter nicht erhitzen, weil er keine Unterstützung fand, so abseitig erschien er. Der großspurig angekündigte »Freiheitskongress« der FDP zur demokratischen Wende in der DDR verplätscherte vor 350 Teilnehmern und versandete in der Öffentlichkeit.

Der erste Grund ist, dass es für die überwiegende Mehrheit der Bundesbürger immer noch zwei deutsche Geschichten gibt. Die Ostdeutschen sind natürlich herzlich eingeladen, der westdeutschen Staatsgründungsfeier beizutreten, doch ebenso klar bleibt: Bonn war nicht Ostberlin! Mit der doppelten Staatsgründung trennten sich die Wege. Die demokratische Revolu-

tion in der DDR war hingegen nicht das Werk westdeutscher Regierungskunst sondern ostdeutschen Mutes. Hier haben die »Brüder und Schwestern« allen Grund dafür, sich stolz daran zu erinnern, dass sie die deutsche Einheit in Freiheit und mit demokratischen Mitteln ermöglichten. Bei dieser Feier sind die Westdeutschen die Gäste.

Der zweite Grund für die gedämpfte Erinnerung an runde Jubiläen liegt in dem historisch-politischen Komplex begründet, in dem Wissenschaft, Gedenkpolitik und Erinnerungskultur nach Ansicht von Martin Sabrow längst verschmolzen sind. Dieser eigenständige Komplex entzieht sich offenbar der leichten parteipolitischen Beeinflussung und beugt der Instrumentalisierung von Jubiläen zu geschichtspolitischen Zwecken vor. Die Wissenschaft liefert zwar auch das Ihre zu runden Daten an, doch tut sie dies eben kritisch und keineswegs affirmativ.

Die 20 Jahre gemeinsame Vergangenheit, welche die Deutschen sich inzwischen teilen, erscheinen wie ein zwischen dem Ende des Kalten Krieges und der Krise der Globalisierung gelegener transitorischer Übergang, für den Fortgang der deutschen Geschichte eigentümlich unspektakulär und ohne dass man aus ihm geschichtspolitische Funken schlagen möchte. An was erinnern wir uns hier? An die Einführung des Euro? An das fortdauernde militärische Engagement in Afghanistan, die Beendigung der Balkankriege, das *Nein* zum Irak-Krieg? An der um sich greifenden Einsicht, dass es mit dem Sozialstaat Bonner Prägung so nicht weitergehen konnte und man den Schritt zu Sozialreformen wagte?

Bulleten statt Hummer

Der dritte und wichtigste Grund ist jedoch: Nicht das Superwahljahr formt das Supergedenkjahr (oder umgekehrt). Das Superkrisenjahr macht Geschichte und gibt die Themen für das lange Wahljahr vor. Der

Finanzkapitalismus, so wie wir ihn kennen, ist untergegangen. Die großen deutschen Ersatzerzählungen geraten ins Stocken. Währungsreform und Wirtschaftswunder, ökonomische Führungsmächte im jeweiligen europäischen Block, die gesamtdeutsche Exportnation als Exportweltmeister – was besagt diese Aufstiegsgeschichte, wenn der Aufschwung an zu vielen Beschäftigten vorbei lief, wenn die Banken wackeln und das Gesparte nicht mehr sicher scheint, wenn deutsche Vorzeigebereiche einbrechen und die Exportnation besonders tief in der Weltwirtschaftskrise steckt?

Die Rückkehr des Staates findet nicht nur in der Wirtschaft statt. Die Wirtschaftskrise sorgte für eine Rückkehr des Staates selbst bei der Feier zum Grundgesetzjubiläum. Anstelle eines privaten Veranstalters führt die Bundesregierung Regie. Anstelle privater Sponsoren kommen die Steuerbürger für ihr Fest auf. Wie würde dies auch jetzt wirken, wenn die deutsche Wirtschaft die Demokratiefiern sponserte?

Aus einem dreitägigen opulenten Fest wurde unter der Hand eine eintägige bescheidene Feier. So ist das im öffentlichen Gemeinwesen: Buletten statt Hummer, Bier statt Champagner – die Gründungsfeier als Gartenfest für alle mit gelehrten Vorträgen und Diskussion im Vereinsheim für die, die es möchten, so gestaltet das Krisenjahr das Gedenkjahr. Der Blick senkt sich auf 1929 nicht auf 1949 oder 1989.

Und die großen Reden? Sie werden anders ausfallen als 2008 geplant. Von Blut, Schweiß und Tränen werden wir nicht zu hören bekommen, doch von Bescheidenheit statt Gier, von sozialer Marktwirtschaft statt internationalem Wettbewerb, von Gemeinsinn statt Egoismus und von Gerechtigkeit statt Eigenverantwortung. Und vor allem: von Durchhalten und vom »wieder-gestärkt-aus-der-Krise-herausgehen« – so wie wir Deutschen das ja immer gemacht haben.

Zu befürchten steht, dass die republi-

kanische Großerzählung deshalb wieder nicht gelingen wird. Gerade sie könnte zu einem wachen historischen Interesse, zu einem vitalen politischen Selbstverständnis und einem demokratischen Selbstbewusstsein der Deutschen beitragen, und es unabhängiger von den wirtschaftlichen Zeitläufen machen. Und auch wenn die

großen Reden zum Staatsgründungsjubiläum so sozialdemokratisch wie selten klingen werden, selbst wenn sie auch aus christdemokratischen Mündern kommen, die SPD sollte sich der republikanischen Großerzählung endlich annehmen. Sie ist mehr als die eigene Parteigeschichte. Aber keine ist mit ihr mehr verbunden.

Sebastian Ullrich

Neues Leben aus Ruinen

Zeitgenössische Stimmen zur Verabschiedung des Grundgesetzes

Dass sich das Grundgesetz als »Erfolgsmodell« entpuppen würde, damit hätten 1949 wohl nur die Wenigsten gerechnet. Mäßiges Interesse und fehlendes Vertrauen begleiteten die ersten Schritte in das neue, demokratisch verfasste System.

Sebastian Ullrich

(* 1975) hat über die Geschichte der frühen Bundesrepublik promoviert und arbeitet seitdem als Lektor für Zeitgeschichte und Politik im Verlag C.H. Beck in München. Soeben ist bei Wallstein von ihm erschienen: *Der Weimar-Komplex*.
sebastian.ullrich@beck.de



»sehr interessiert« an der künftigen westdeutschen Verfassung. 33 % bekundeten mäßiges Interesse, 40 % dagegen waren die Verhandlungen des Parlamentarischen Rates vollkommen gleichgültig.

Fragiler Start einer »Erfolgsgeschichte«

Eugen Kogon war skeptisch. Seit 1946 gab der Überlebende des KZ Buchenwald zusammen mit Walter Dirks die *Frankfurter Hefte* heraus und begleitete die Entstehung der Bundesrepublik mit seinen Kommentaren. Als die Bonner Demokratie ins Leben getreten war, schien es ihm, als hätten »weiteste Kreise der Bevölkerung« kein Vertrauen in das neu geschaffene politische System. Es »bleibt [...] wahrscheinlich die Mehrheit [...] bei Ablehnung, Mangel an Interesse, abwartendem Misstrauen, besonders die jüngere Generation«, schrieb er im September 1949 in seiner Zeitschrift. Die zeitgenössischen Meinungsumfragen bestätigten seine Einschätzung. Bei einer Umfrage des *Allensbach-Instituts* vom März 1949 zeigten sich nur 21 % der Befragten

60 Jahre nach ihrer Gründung ist die Demokratie in der Bundesrepublik gefestigt. Das Grundgesetz hat sich bewährt, seine »Erfolgsgeschichte« wird in diesem Jahr ausgiebig gefeiert. Dabei kann leicht in Vergessenheit geraten, wie fragil die Anfänge der zweiten deutschen Demokratie waren und wie ungewiss sich ihre Zukunft zunächst darstellte. Zum Feiern war 1949 jedenfalls nur den Wenigsten zumute. Man muss sich nur den Zerstörungsgrad der deutschen Städte vor Augen halten, die Abhängigkeit von den Alliierten, die Wohnungsnot, die Zahl der Vertriebenen und der Kriegsbeschädigten, die hohe Arbeitslosigkeit, die Unsicherheit über das Verhalten der ehemaligen Nationalsozialisten